Vom Schulboykott zum politischen Streik

Kaum erholt sich die Rate an Neuinfektionen mit dem Corona Virus, fordern Unternehmer Innen und Politiker Innen schon wieder die

Virus, fordern Unternehmer_Innen und Politiker_Innen schon wieder die "Rückkehr

zur Normalität". Konkret bedeutet das: Wir sollen uns wieder in die uns aufgezwungenen gesellschaftlichen Tätigkeiten, zurück in die Schule, zurück an

den Arbeitsplatz, zurück in den Prozess der Verwertung begeben. Dass gerade

jetzt die Aneigung von Mehrwert wieder mal gegenüber dem Wohle Aller und insbesondere gegen das Wohl von Schüler_Innen, Arbeiter_Innen, Student Innen

und Arbeitslosen überwiegt, müssen wir nicht hinnehmen, im Gegenteil, wir müssen dagegen kämpfen.

Der Schulboykott ist dafür ein erstes Mittel. Selbst wenn uns gedroht werden sollte, dass wir nicht versetzt werden, ist es notwendig Widerstand zu organisieren. Dabei treffen Staat und Unternehmen diejenigen Aktionen am härtesten, die sie in an ihrer Existenzgrundlage treffen: der Ausbeutung von Arbeitskraft und der Aneigung von Mehrwert. Wie auch die im

Bezug auf die ökologische Katastrophe gewinnt die Forderung nach politischen

Streiks, also Streiks die sich in Deutschland außerhalb des Rahmens des Streikrechts befinden, immer mehr an Bedeutung.

Politische Streiks!

Unser Schulboykott muss die Forderung nach politischen Streiks aufwerfen und in die Bevölkerung tragen. Wir müssen Mitstreiter_Innen gewinnen, die sich in Solidarität mit unserem Boykott selbst in den Streik begeben. Dabei müssen wir aktiv auf Lehrer_Innen und Erzieher_Innen in der GEW,

auf Arbeiter_Innen in Handel und Industrie zugehen und sie davon überzeugen, dass

wir zusammen gegen die Maßnahmen der Regierung, die unterm Strich den Unternehmen und Kapitaist_Innen, nicht aber den Arbeiter_Innen helfen, kämpfen

müssen. Dabei wählen wir unsere Verbündeten nicht zufällig. Der nachhaltige und

umfassende Kampf gegen die Corona-Pandemie liegt im gemeinsamen Interesse von

Arbeiter_Innen und Schüler_Innen. Weder wollen wir die gesundheitlichen Konsequenzen

einer verfrühten Lockerung von Schutzmaßnahmen tragen, noch die Kosten der

Krisenbewältigung aus den eigenen Taschen bezahlen. Kurzarbeiter Innengeld und

staatliche Zuschüsse für die große Industrie (von Autobauern bis zur Luftfahrt)

werden aus staatlichen Mitteln und Kassen bezahlt, die im Nachhinein von uns Jugendlichen

und Arbeiter_Innen wieder gefüllt werden müssen.

Kämpfe verbinden

Die auf Corona folgende wirtschaftliche Krise müssen wir zum

Anlass nehmen, eine Antikrisenpolitik zu fordern, die sich entschlossen gegen

den Kapitalismus stellt. Die Rezession und die zu erwartenden Einbrüche im Umsatz in der Autoindustrie und den Zuliefererketten heben die Notwendigkeit,

die Produktion zu verstaatlichen und unter Kontrolle von Beschäftigten ökologisch

umzugestalten, weiter hervor. Der damit einhergehende Wandel in der gesamten

Logistikbranche so wie im privaten Nah- und Fernverkehr kann nur im Staatseigentum, demokratisch von Arbeiter_Innen und Nutzer_Innen geplant, und

aus den unerschöpflichen Vorräten der Kapitalist_Innen bezahlt werden. Solche

Konzepte, von einer entschlossenen kämpfenden Bewegung hervorgebracht, können

einen starken Pol gegen das Krisenmanagement und die Politik der

Bundesregierung, aber auch gegen die rechten Verschwörungsdemos, die überall

wie Pilze aus dem Boden sprießen, bilden. Eine rechte Bewegung kann sich immer

dann formieren, wenn die Antworten von links diffus sind oder ausbleiben. Um

den Spinner_Innenn um Fernsehkoch Attila Hildmann, Moderator Ken Jebsen und

Musiker Xavier Naidoo und Co. die ideologische Grundlage zu entziehen, müssen

wir die berechtigten Sorgen und Zukunftsängste, die die Gesellschaft infiziert haben, in den Willen und den Mut zum Kampf gegen Krise und Kapitalismus umwandeln. Darüber hinaus muss unsere Bewegung dazu in der Lage sein, internationale Solidarität praktisch werden zu lassen. Streiks und Proteste mit

dem Ziel alle Geflüchtetenlager in und um Europa sofort zu schließen und alle

Geflüchteten unter Vergabe von vollen Staatsbürger_Innenrechten aufzunehmen,

müssen unmittelbar stattfinden.

Warum sollen wir schon wieder zur Arbeit gehen wenn der Kampf gegen das Virus noch lange nicht gewonnen ist?

Warum sollen wir hinnehmen, dass unsere Sozialkassen für den "Erhalt von Arbeitsplätzen" im heiligen Standort Deutschland geplündert werden,

während Aktionäre weiter fette Dividenden ausgeschüttet bekommen?

Warum sollen wir Gesundheit Leib und Leben aufs Spiel setzen, um die Auswirkungen von Corona auf die Wirtschaft abzumildern?

Warum sollen Kaufprämien zum Erwerb von Dreckschleudern, aka Autos, ausgeschüttet werden, anstatt den Leuten einfach direkt das Geld zu geben und die Produktion von Autos auf die Produktion von umweltfreundlicheren

Verkehrsmitteln umzugestalten?

Weil wir in einer Klassengesellschaft leben, in der die

Interessen des Proletariats den Interessen der Kapitalist_Innen untergeordnet

werden. Dagegen wollen wir aktiv werden!

Unser Schulboykott kann ein erster Schritt sein.

Gleichzeitig müssen wir versuchen, Anschluss an die existierenden Proteste zu

gewinnen. Die Verbindung des Boykotts mit Aktionen der GEW und gemeinsame

Aktionen gegen die rechten Hygienespinner_Innen müssen folgen. Dabei müssen wir

auf die unhaltsamen Bedingungen in Pflege und Krankenhäusern hinweisen, die es

den Angestellten, wie auch Patient_Innen verunmöglichen, sich vor dem Virus zu

schützen. Sei es weil Desinfektionsmittel und Masken fehlen, sei es weil die Betreuungsschlüssel so unterirdisch sind, dass es nicht möglich ist, mehr Zeit in den Infektionsschutz und weniger Zeit in jeden einzelnen Patienten zu investieren oder weil viel zu wenig Geld in die Reinigung und Wartung der entsprechenden Einrichtungen gesteckt wird. Auf dem Boden von Unterfinanzierung, Unterbesetzung und Stress kann sich ein Virus einfacher ausbreiten. Das Mittel dagegen heißt Arbeitskampf.

Boykottiere deine Schule!

Wir lassen uns nicht von Rechten instrumentalisieren, wir kämpfen gemeinsam auf antifaschistischer Grundlage, nicht zuletzt gegen den

Rechtsruck!

Gegen die Vorzeitige Öffnung von Wirtschaft und Bildung nach der Pandemie!

Stopp der massenhaften Kurzarbeit, lasst Unternehmen und Kapitalist_Innen für die Ausfälle in ihrer Produktion selbst aufkommen!

Für volle Löhne! 60 Prozent reichen einfach nicht aus, wenn Mieten teilweise schon 50 % der verfügbaren Einkommen schlucken!

Für das Recht auf politischen Streik!

Für eine klassenkämpferische Antikrisenbewegung statt nationalistischem Geschmuse mit dem Kapital!

Revolutionäre Jugendinternationale - Welche Organisation braucht die Jugend?



Sozialistenkongress - 1907 in Stuttgart

Vor etwas mehr als 100 Jahren wurde die erste internationale revolutionäre

Jugendorganisation gegründet. Im August 1907 versammelten sich 21 Delegierte – junge Revolutionäre und Revolutionärinnen – aus 13 Staaten auf dem "Internationalen Sozialistenkongress" in Stuttgart. Das war die Geburtsstunde der Sozialistischen Jugendinternationale. Am Ende des Jahres 1907 repräsentierte sie mehr als 60.000 Jugendliche.

Schon Ende des 19. Jahrhunderts hatten sich wiederholt starke sozialistische Jugendorganisationen – besonders in Skandinavien, in Belgien und den Niederlanden – gebildet. Doch diese ersten Erfahrungen und Entwicklungen waren noch nicht konstant genug, um eine internationale Koordinierung aufzubauen.



Karl Liebknecht

Die Gründungsmitglieder der Jugendinternationale, um ihren ersten Sekretär Karl Liebknecht, sahen jedoch klar die Notwendigkeit einer internationalen revolutionären Jugendorganisation. Sie ergab sich aus der Stellung der Jugend, ihrer speziellen Unterdrückung und dem internationalen Charakter des Imperialismus. Die Jugend, damals wie heute, war nicht nur besonders stark ausgebeutet in der Produktion, hatte nur selten Zugang zu Bildungseinrichtungen und kaum politische Rechte. Die Jugendlichen sollten auch die Ersten sein, die in dem imperialistischen Krieg von 1914-1918 an den Fronten des Ersten Weltkrieges für die Interessen "ihrer" imperialistischen Nationen sterben sollten. Daher war, neben dem Kampf für Bildung und Jugendschutz, vor allem der revolutionäre Antimilitarismus die Grundlage der sozialistischen Jugendinternationale von 1907.

Doch in vielen europäischen Staaten musste sich die Jugend innerhalb der sozialistischen Bewegung selbst das Recht auf eigene Organe und Vertretungen erkämpfen. Der reformistische Flügel in der Zweiten Internationale, der sich auf eine entstehende Schicht von GewerkschaftsbürokratInnen, ParlamentarierInnen und hohe ParteifunktionärInnen stützte, fürchtete sich vor der revolutionären Dynamik unabhängiger Jugendverbände. Der Kampf für die organisatorische

Unabhängigkeit der Jugend war also von Beginn an auch ein Kampf des linken, revolutionären Flügels der Arbeiterbewegung.

So beobachtete Lenin 1916, als sich die Konflikte unter den Eindrücken des Krieges weiter verschärften: "Es kommt oft vor, dass Vertreter der Generation der Erwachsenen und Alten es nicht verstehen, in richtiger Weise an die Jugend heranzutreten, die sich zwangsläufig auf anderen Wegen dem Sozialismus nähert, nicht auf dem Wege, nicht in der Form, nicht in der Situation wie ihre Väter. Das ist einer der Gründe, warum wir unbedingt für die organisatorische Selbständigkeit des Jugendverbandes eintreten, nicht nur deshalb, weil die Opportunisten diese Selbständigkeit fürchten, sondern auch dem Wesen der Sache nach. Denn ohne vollständige Selbständigkeit wird die Jugend nicht imstande sein, sich zu guten Sozialisten zu entwickeln und sich darauf vorzubereiten, den Sozialismus vorwärts zu führen."

Der herannahende Krieg

Bereits 1907 waren die Vorzeichen des ersten imperialistischen Weltkrieges zu erkennen. Alle Staaten vergrößerten ihre Tötungsmaschinerie, neue Technologien wie Luftwaffe und C-Waffen wurden entwickelt. Die stehenden Heere wurden vergrößert. Eine Welle des nationalen Chauvinismus ging durch die Völker Europas. Jede Kolonialfrage, d.h. die Unterdrückung anderer Länder und Kontinente, wurde als Existenzfrage der "eigenen Nation" diskutiert. Die bürgerliche Intelligenz, Pfaffen, Adligen wie Großkapitalisten bemühten sich, diese Welle des Rassismus und reaktionärem Nationalismus zu verbreiten, um den Krieg vorzubereiten.

Wichtige Adressat_innen dieser Ideologien waren auch die Arbeiter_innen und die Jugend, also jene, die von den Herrschenden, von Monarchie und Bourgeoisie, in den Krieg geschickt werden sollten. So sollte der internationalistische Widerstand gegen Krise, Verarmung und Krieg auf den Amboss der kapitalistischen Nation gelegt werden. Die Gewerkschaftsbürokrat_innen und die reformistischen Führer_innen der Zweiten Internationale, allen voran die SPD, ergriffen schließlich den dazugehörigen Hammer, um ihn gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung

zu schwingen. Dem unsicheren Ausgang der proletarischen Revolution zogen sie die vermeintliche Sicherheit des imperialistischen Gemetzels vor.

×

Mit der Zeitschrift "Jugendinternationale " agitierten die Revolutionär*innen gegen den Krieg.

Wo die offiziellen Führer_innen versagten, war es die proletarische Jugend, die am entschlossensten gegen den Militarismus vorging. Mehr und mehr traten nicht für ihr "Vaterland" ein, sondern für das Endes Krieges und das Ende der sogenannten "Burgfriedenspolitik", also das Aussetzen jeder Klassenaktion, um die Kriegsanstrengungen des "eigenen" Landes nicht zu gefährden. Die Jugend erkannte zunehmend, dass die Niederlage im Krieg allemal das kleinere Übel war als der fortgesetzte Klassenfrieden. Sie warben für politische Streiks, die Sabotage der Kriegsindustrie, den Massenstreik gegen den Krieg. Die Aktion der Arbeiter_innen und der Jugend sollte in einen revolutionären Sieg – wie in Russland 1917 – umgewandelt werden.

Nur durch den proletarischen Kampf, so die Jugendinternationale, konnten Millionen junger Männer vor dem imperialistischen Massaker geschützt werden. Der reformistische Teil der Sozialdemokratie hingegen trat für "Abrüstung" und "Pazifismus" ein, nur um in der entscheidenden Stunde, die Kriegskredite für die weitere Aufrüstung zu unterstützen und zur "Vaterlandsverteidigung" aufzurufen. Ihr bürgerlicher Pazifismus, der vor allem die revolutionäre Gewalt fürchtete, wurde in der Stunde der Not zum bürgerlichen Militarismus, der die reaktionäre Gewalt heiligte.

Die sozialistischen Jugendverbände argumentierten dafür die Waffen gegen die Herrschenden zu richten, um den Krieg zu beenden. Die Reformisten argumentierten dafür, die Waffen auf die Arbeiter_innen der anderen Länder zu richten. Einen Zwischenweg konnte es nicht geben.

Die internationale Solidarität war daher für die Jugendinternationale keine Phrase, sondern eine Praxis im Klassenkampf, die den jungen Genossinnen und Genossen vermittelt werden sollte. So sagte Liebknecht auf dem zweiten Kongress der JI, dass "die Erziehung der Jugend in diesem Geiste, [...] eine der wichtigsten Aufgaben des kämpfenden Proletariats, und die selbständige proletarische Jugendbewegung [...] das wirksamste Mittel zu dieser Erziehung" sei.

Die Jugendorganisationen wollten also der Jugend den Sozialismus vermitteln. Ihre Kämpfe um demokratische Rechte, Bildung und Jugendschutz sollten mit den Kämpfen des Proletariats zusammengeführt werden. Nur mit einem revolutionären Programm, Seite an Seite mit der Arbeiterklasse, war diese Auseinandersetzung denkbar. Nur so war der Widerstand gegen die Kapitalist_innen und ihren Staat möglich.

Die Reaktion der herrschenden Eliten war eine weitere Verstärkung der Repression. So war es Jugendlichen unter 18 Jahren ab 1908 im deutschen Kaiserreich untersagt, sich politisch zu betätigen, auf Demonstrationen zu gehen oder an Versammlungen teilzunehmen. Der Kampf um die Jugend durch die Jugendorganisationen (in Deutschland FJO- Freie Jugendorganisation) fand illegal statt. Die bürgerlich-reaktionäre Ordnung wollte, noch weniger als die Reformist_innen, keine selbständigen Jugendverbände. Für sie war die Jugend Befehlsempfänger, billige Arbeitskraft und künftiges Kanonenfutter – und sollte es gefälligst auch bleiben.

Sozialdemokratische Verräter und revolutionäre Jugend



Beginn des ersten Weltkrieges: Noch herrscht Euphorie und die rechte Sozialdemokratie tut alles, um ihr "Vaterland" zu verteidigen. Doch die linke Jugend, wehrt sich gegen diesen Verrat! 1914, mit dem Beginn des zweiten Weltkrieges, verrieten die Führer Zweiten Internationale alles, wofür die Arbeiterbewegung bisher gekämpft hatte. Mit der Einberufung von Millionen

Proletarier_innen und Jugendlicher in den imperialistischen Krieg wurden auch die sozialistischen Jugendorganisationen vor die alles entscheidende Frage der Zeit gestellt: Sozialchauvinismus der Rechten oder revolutionärer Internationalismus der Linken?

So erschienen während des Krieges 15 Ausgaben der Zeitung "Jugend-Internationale". In ihr nahmen die jungen Revolutionär_innen entschieden Stellung gegen den Verrat der "Vaterlandsverteidiger" in den Arbeiterparteien. Die Jugend hatte die "internationale Solidarität" anders gelernt und verstanden. Ihre Konsequenz, war der Bruch mit der Zweiten Internationale. Große Teile der Aktivist_innen wurden 1919 Gründungsmitglieder der Kommunistischen Internationale. In Deutschland war die Jugend ein großer Teil des Spartakusbundes und der später gegründeten KPD, in Russland lag der Altersdurchschnitt der Bolschewiki bei Anfang 20.

Es war also die Jugend und ihre Entschlossenheit mit dem Reformismus zu brechen, sowohl politisch, als auch organisatorisch, die den Grundstein für neue revolutionäre Parteien in ganz Europa legte. So schrieb auch Lenin in der "Jugend-Internationale, dass "bei dieser Sachlage in Europa [...] der Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen die gewaltige und dankbare – dafür aber auch schwerere – Aufgabe des Kampfes für den revolutionären Internationalismus, für den wahren Sozialismus, gegen den herrschenden Opportunismus, der sich auf die Seite der imperialistischen Bourgeoisie geschlagen hat" zufalle. Die Spaltung von den alten Mutterparteien, schwächte also den Reformismus, stärkte aber gleichzeitig die revolutionäre Bewegung!

Krise, Armut, Krieg - altes Elend, neue Jugendinternationale!



REVOLUTION-Block auf einer

ersten Maidemonstration

Das imperialistische Staaten Jugendliche zum Militär einziehen, in den Krieg schicken, um dort ihre Lebensgrundlage und Zukunft vernichten, ist auch heute noch so. Eine der tiefsten Krisen des Kapitalismus bereitet eine neue gesellschaftliche Katastrophe vor. Das was für eine sozialistische Gesellschaft zu einer Errungenschaft werden würde, wird für den Kapitalismus zum Krisenauslöser – nämlich, dass er "zu viel", "zu effektiv" produziert. Die Lösung der Kapitalist_innen der einzelnen Nationen ist es also... möglichst viel, möglichst effektiv zu zerstören. Begonnen wird natürlich bei den sozialen Errungenschaften der Arbeiter_innenbewegung. Gesundheitssysteme, Renten, Bildungseinrichtungen, Arbeitsrechte, Löhne, allem, wofür wir für Jahrzehnte gekämpft haben, wird durch den die Angriffe der Kapitalist_innen in Kürze vernichtet. All das ist Ausdruck dafür, dass der Kapitalismus sich überlebt hat.

- Während die internationale Umweltkatastrophe voranschreitet, die zu einer ernsten Bedrohung für die Menschheit wird, retten die kapitalistischen Staaten das Bank- und Industriekapital – auf Kosten der Lohnabhängigen.
- Während von der Sicherheit der Weltbevölkerung geredet wird, stürzt der "Krieg gegen den Terror" immer breitere Teile der Welt in Krieg und Elend, öffnet auch in den "demokratischen Nationen" Tür und Tor für… einen Krieg gegen die Arbeiter innenbewegung.
- Doch Demokratie lässt sich auch ohne Terror vernichten. Das zeigen die Kapitalist_innen anschaulich in Europa, wo ein Technokratenregime - notfalls auch Faschisten, wie die Chrysi Avgi in Griechenland - nach dem Anderen durch EZB, EU-Bürokratie und IWF an die Macht gehievt werden.
- Während die Regierungen der imperialistischen Nationen von Abrüstung reden und über Schurkenstaaten wie den Iran oder Nordkorea krakeelen, wird hinter den Kulissen aufgerüstet. Die Armeen der unterschiedlichen Nationen werden zur Aufstandsbekämpfung mobilisiert, die USA versuchen verzweifelt mit Kriegen wie im Irak oder in Afghanistan ihre militärische

Machtposition zu halten, während Nationen wie China oder Deutschland versuchen einen neuen Anlauf auf die "Neuaufteilung der Welt" zu nehmen, indem sie "ihren" Kontinent unterwerfen, um sich danach an die Unterwerfung der Welt zu machen.

▶ Die Jugend ist und wird an vorderster Stelle von dieser Katastrophe betroffen sein. Doch wir stehen auch an vorderster Stelle in dem Kampf, diese Katastrophe abzuwenden. Diktatoren wie Ben Ali, Gaddafi oder Mubarak wurden durch die Aufopferungsbereitschaft von uns Jugendlichen gestürzt. Bei den Generalstreiks in Südeuropa standen wir in den ersten Reihen des Widerstands, überall auf der Welt waren die Bildungsproteste der letzten Jahre auch ein Vorbild für radikalere Streikaktionen von Arbeiter innen.

Wir, von der unabhängigen internationalen Jugendorganisation REVOLUTION, wollen diese internationalen Kämpfe der Jugend zusammen führen. Heute ist der Kampf für eine kommunistische Jugendinternationale dringender denn je. Nach dem Vorbild von 1907 wollen wir die Jugend gegen Imperialismus und Krieg zusammenbringen, wollen gegen die verbreiteten libertären und reformistischen Ideologien unter der Jugend ankämpfen. Die Erfahrungen der letzten Krisenjahre zeigen diese Notwendigkeit mit aller Schärfe.

In Griechenland erleben wir eine lang anhaltende revolutionäre Krisenperiode, die die Frage der Machtergreifung der Arbeiterklasse auf die Tagesordnung stellt. Doch vor die Perspektive, der Bildung einer Arbeiterregierung gestellt, schrecken die reformistischen Führer_innen von SYRIZA (wie auch die KKE und Antarsya) zurück. Die einen hoffen auf eine Regierung der nationalen Rettung, die anderen weigern sich für eine Regierung der Arbeiterorganisationen, gestützt auf ein Programm, das mit dem Kapitalismus bricht, zu kämpfen. So lähmen sie die Kräfte der Lohnabhängigen und überlassen die Offensive den Imperialisten, der griechischen Regierung und den Faschisten.

In Frankreich war die "Parti de Gauche", die Schwesterpartei der LINKEN, euphorisch, als französische Truppen Ende letzten Jahres in Mali landeten, um nach den Worten des sozialdemokratischen Präsidenten Hollandes für die Demokratie zu kämpfen – heißt für das Recht der französischen Kapitalist_innen, weiter die Rohstoffe in Mali auszubeuten. Doch der beste Ausdruck für den Verrat des Reformismus ist, wie bereits 1914, die Politik der SPD, die bürokratische Führung der Gewerkschaften, der die Linkspartei keine grundsätzliche Alternative zu bieten vermag.

Während die ersten beiden sich offen zum deutschen Imperialismus bekennen – so stellte sich Anfang diesen Jahres der DGB-Vorsitzende Sommer hinter die Bundeswehr und Ende letzten Jahres der IGM-Vorsitzende Huber gegen den Widerstand der spanischen Arbeiterbewegung – glänzt die Linkspartei dadurch, dass sie sich von links an die rechte Politik der SPD heranschleichen will. Anstatt ein klares antikapitalistisches Programm aufzustellen und den europaweiten Widerstand nicht nur auf Sonntagsreden zu predigen, sondern zu organisieren, verwaltet sie lieber den kapitalistischen Alltag mit. Dafür wurde sie auch, genau wie die SPD nach der Agenda 2010, auf Landes-, wie auf Bundesebene abgestraft.

Wollen wir eine revolutionäre Alternative dazu aufstellen, müssen wir für die Schaffung einer neuen Jugendinternationale eintreten. Alle Jugendorganisationen, alle Jugendlichen müssen mit den Organisationen der Sozialdemokratie brechen, wollen sie wirklich für eine revolutionäre Politik kämpfen. So kann, auch ein Vorbild für die klassenkämpferischen Arbeiter_innen geschaffen werden, die noch innerhalb dieser Parteien verweilen.



Widerstand braucht Jugend. Jugend braucht Organisation. Organisiere dich mit REVOLUTION für den Aufbau einer neuen Jugendinternationale!

Aber auch alle Jugendorganisationen, alle Jugendlichen, die sich bereits außerhalb dieser Organisationen befinden, können nicht darauf hoffen "nur auf lokaler Ebene" oder in "autonomer Manier" den Widerstand zu organisieren. Alle diejenigen, die wirklich für ein revolutionäres Programm kämpfen wollen, die fordern wir dazu auf, für die gemeinsame Aktion, für gemeinsame Absprachen, für eine neue kommunistische Jugendorganisation, eine revolutionäre Jugendinternationale mit uns zu kämpfen!

Ein Artikel von Tobi Hansen und Georg Ismael, REVOLUTION Berlin